

# Wirtschaftliche



# Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit  
**Kurszettel**

**Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sagen**

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chrenkhardt Georg Bernward, Verantw.  
Herausgeber: Dr. Max A. Berlin, Ullstein.  
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlags-Zentrale Ullstein, Am Dönhof (A) 3000-3003  
für den Fernverkehr Am Dönhof 3000-3008. Telegramm-  
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbankkonto Berlin 990.

## Wieviel will England haben?

### Churchills Rechenexempel

Nachrichtenblatt der „Wirtschaftlichen Zeitung“

London, 21. Oktober

Die Signaturen in Paris und London stehen, wie stets nach Unterredungen von Staatsministern, mit Einigung fast, daß sich „die Tischen der beiden Länder“ in der Reparationsfrage „fast genähert“ hätten. Die Feststellung ist eine liebenswürdige Verflechtung der Tatsache, daß man sich in Paris und auf Churchills Gut in Kent nur über eine Frage hat einigen können: über die Votenabgabe, die in den auf Deutschland geborene Summe einzuführen, monach als Voraussetzung der Abstinenzabstimmung eine Sachverständigenkommission eingesetzt werden soll, um den interessierten Regierungen Vorschläge über eine einigartige Lösung der Reparationsfrage zu machen.

Wie weit England und Frankreich in vielen wesentlichen Gesichtspunkten der Reparationsfrage noch von einander entfernt sind, geht am besten aus einer Berechnung der jeweiligen nationalen „Reparationsquoten“ hervor:

England's deutsche Gesamtleistung von etwa 20 Milliarden Mark, aufzubringen binnen vier bis sechs Jahren aus dem Betrag größerer Anleihen in den beteiligten Staaten, Abschaffung der Sachleistungen zwecks Erweiterung englischer Anleihemöglichkeiten nach Frankreich und Italien, sowie möglichst rasche Ausdehnung des deutschen Auslandsbankwesens durch rasche Begebung der Reparationsanleihen. Ergebnis für England nach dem Epochen-Schluß etwa 5 Milliarden Mark, ausreichend um mindestens fünf Jahresabgaben an Amerika zu leisten und die Einkommenssteuer in England herabzusetzen bis auf 22 Milliarden Mark in Frankreich; diese Gesamtleistung 20 bis 22 Milliarden Mark in der Regel in Annuitäten zu leisten. Ein bis-zwei deutsche Anleihe-Emissionen, aus deren Erträgen Vorauszahlungen auf die Annuitäten zu beziehen wären, um eine vorzeitige und endgültige Zahlung der Anleihen, und Garantie zu ermöglichen. Die deutsche Annuität soll teils in Sachleistungen, teils in Bargeld bestehen. Letzteres soll wiederum zum größeren Teil durch die Anleihen abgezahlt werden und nur zum kleineren Teil für Tilgung und Verzinsung der nicht schon durch Reparationsanleihen gedeckten Anleihen dienen. Verhältnis der Gesamtsumme zum abfälligen Ausgabebetrag Deutschlands etwa 30:1.

Von englischer Seite wird jetzt angenommen, daß die Franzosen sich von der Entlastung nichts haben abhandeln lassen und daß sie darauf bestanden haben, daß ein wesentlicher Teil der deutschen Leistungen in Form von Jahreszahlungen direkt an die Alliierten abgezogen werden soll. Die einzige Konzession, die Frankreich dem englischen Standpunkt bisher entgegennehmen wollte, war das Eingeständnis: wenn amerikanische Banken emmissionsfähig sind, mit sich darüber abreden zu lassen, daß von den deutschen Entnahmen nach und nach ein Betrag für zur Hälfte auf dem Auslandsbankwesen fließen genandt und nach einem neu zu bestimmenden Schlußzeit im Auftrag der Alliierten a conto ihrer Schuldverpflichtungen abstrichweise an Amerika ausbezahlt sei.

Diese Konzession der Franzosen, die sehr bestimmt limitiert ist, zeigt, daß man in Paris ganz abgesehen von seinen eigenen finanzpolitischen Sorgen eine klare Erkenntnis der letzten Ziele englischer Reparationspolitik besitzt. Die englische Reparationspolitik war von 1921 an niemals rein finanzwirtschaftlicher Natur, sondern war stets von wesentlichen und vom englischen Standpunkt aus richtig gefassten nationalökonomischen Gesichtspunkten bestimmt. Das Sachverständigenabkommen, das Langsdorf und Hatheuser vor einem und der Nachbar bereits abgeschlossen, konnte infolge englischer Einflüsse in der Reparationskommission nicht zur vollen entspannenden Wirkung in den deutsch-französischen Beziehungen gelangen. Während der Londoner Reparationsverhandlungen von 1924 hat ein anderer englischer Schlichter — Snowden — einen nicht weniger energiegelassen Kampf gegen deutsche Sachleistungen an Frankreich und Italien geführt. Man hat in den nachgehenden Jahren der englischen Anleihe, die deutsche Sachleistungen nicht nur als ein „unfähiges Mittel“ empfunden, England aus treibendsten, noch-entropfenden Abhängigkeiten zu befreien, sondern hat die Aufgabe, die Frankreich vor allem nach Deutschland herüberzuleiten, als eine höchst unerwünschte Stimmführung der deutschen Produktion und als ein vom englischen Standpunkt aus abzulehnender Ausdehnungsfaktor in der deutschen Produktionspolitik betrachtet.

Deutschland, so haben die englischen Sachleistungen gegenüber ihrer Regierung betont, beschränkt sich bei den letzten Angelegenheiten eines Beschaffens der Wirtschaftlichen des Weltmarktes um so intensiver um Sachleistungsaufträge in den Händen der Alliierten

und vermag dadurch sein Produktionstempo und den Beschäftigungsgrad seiner Arbeiterkraft in Zeiten, wo es sonst durch die Konjunktur der Welt im Mittelbereich gefallen würde, höher zu halten als in anderen Industrieländern. Diese Argumente hat man häufig in verächtlicher Form auch Churchill neugebunden gegeben. Man hat dabei darauf hingewiesen, daß die Vorkriegsentwicklung der deutschen Industrie fast beinahe worden sei durch die Bereitwilligkeit Amerika, Deutschland Kredite einzuräumen. Je darlehensfreudiger Amerika wurde, um so nachdrücklicher verlangte gerade die englische Industrie- und Handelspresse eine Festlegung der endgültigen deutschen Reparationsleistungen und eine möglichst weitgehende „Kommerzialisierung“ der deutschen Verpfändungen.

Diese wirtschaftspolitische Tendenz in der englischen Betrachung der Reparationsfrage kommt dem bringensten Aufgaben des Finanzministers Churchill ziemlich entgegen. Churchill bringt in den nächsten Jahren schließlich etwa 80 Milliarden Pfund, um den englischen Verpflichtungen an Amerika gerecht zu werden und 20 Milliarden Pfund, um die Einkommenssteuer um 6 Pence herabzusetzen zu können. Wird der Doppelplan nicht realisiert, so erhält Churchill als englischen Anteil einer deutschen Vollannuität etwa 20 Millionen Pfund und von Frankreich und

Italien zusammen 8 bis 9 Millionen Pfund. Die Reparations- und Schuldeneinnahmen Englands deuten also nach gerade die Zahlung an Amerika. Churchill braucht aber mehr Geld. Einmal zur Deckung der Fehlbeträge im Budget, die in den nächsten Jahren durch die stark zurückgehenden Steuererträge entstehen werden, und dann braucht er 20 Millionen Pfund, um die Einkommenssteuer vor den Wählern zu erwidern.

Churchills Exempel geht nur dann für ihn befriedigend auf, wenn er an Stelle der 40 Millionen Pfund, die er heute von Deutschland und seinen Alliierten als Reparations- und Zinsenleistungen erhält, aus Anleihegebungen Deutschlands den gleichen Anteil von etwa 60 bis 65 Millionen Pfund erwarten kann. Daß diese englische Erwartung überstapelt nur dann in Erfüllung gehen kann, wenn alle deutschen Kreditquellen im Ausland restlos ausgeschöpft werden, sollte man sich in deutschen Sachverständigenkreisen sehr genau überlegen. 30 Milliarden Markleistung nach dem französischen Verfahren spendt Deutschlands Kreditquellen viel mehr als 20 Milliarden nach dem englischen Verfahren.

Frankreich ist gemäß nicht geneigt, um ein Geschenk zu machen, aber es behält jetzt vielleicht ein weitergehendes Verhältnis, als unter schärfster Konkurrenz auf dem Weltmarkt England für die finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen einer weiteren ungehörten geordneten Entwicklung unserer Produktion und der Lebenshaltung des deutschen Volkes, an der es als langjähriger Gläubiger sich besonders interessiert glaubt.

## Was Hugenberg will

Die Wahl Hugenbergs zum Vorsitzenden der Deutsch-Politischen Partei ist am Sonntag erfolgt. Am Sonntag sollte der Parteivorstand die programmatische Mitteilung stattfinden. Sie ist ausgefallen. Eine parteiinterne Mitteilung erklärt, die Parteiverordnung habe nach ausführlichen Beratungen Hugenbergs und des großen Bestatz, der Vorsitzender der Parteivorstand bleibt, auf die vorgesehene Aufgabe verzichtet. War man der Auffassung, daß schon in der Wahl Hugenbergs zum Vorsitzenden ein ausreichendes Stützungsbedeutung abgelehnt worden sei, so war man verstimmt, daß die verschiedenen Gruppen in der Partei sich noch sehr unterscheiden. Die Frage bleibt offen, aber es ist für die psychologische Beurteilung dieses Bezugs auf die programmatische Auseinandersetzung nicht unwichtig, zu wissen, daß die Parteiverordnung aus dem Vorbericht, mit welcher Hugenberg zum Parteivorstand gewählt worden ist. Vor dem Wahlakt wurde eine Wahlprüfungskommission eingesetzt, die das Ergebnis zahlenmäßig feststellen, aber als freies Schicksal hüten sollte. Es wurde deshalb der Beschlusseinstellung lediglich mitgeteilt, daß Hugenberg die Mehrheit der Stimmen erhalten habe. Aber welches zahlenmäßige Verhältnis von Anhängern und Gegnern sich ergeben hat, das wissen nur die Ängere der Bestatz-Kommission. Uebertrag hat das Wahlresultat nicht. Die „Wirtschaftliche Zeitung“ hat bereits in ihrer Abhandlung vom Freitag vorausgesetzt, daß Hugenberg aus der Wahl als einziger Sieger hervorgehen werde. In nachfolgender Mitteilung bei den Landesverbänden ist die Wahl Hugenbergs vorberichtet worden und am Sonnabend scheint bei den noch schwachen Elementen eine Rede des früheren Reichsministers Dr. R. Reußel sehr genügt zu haben, obwohl sie als Anti-Hugenberg-Rede gedacht war. Reußel sagte in der Parteiverordnung und heraus, daß nur jene für Hugenberg seien, die von ihm materiell abhängig seien.

## Ford soll China helfen

Nachrichtenblatt der „Wirtschaftlichen Zeitung“

21. Nov. 2028, 10. Oktober

Die chinesische Regierung erneuerte eine Gruppe amerikanischer Volkswirtschaftler, Bankiers und Industrieller zu ehrenamtlichen Beiräten für die Rekonstruktion Chinas. Die Ehrenämter sind Henry Ford, Professor Denis, Nationalbank von der New Yorker Universität, Owen Young, Professor Welles von der Columbia-Universität und Bankier Dexter von Washington. Henry Ford erklärte, als ihm die Meldung aus Shanghai überbracht wurde, daß er sich keine Kenntnis von der Ernennung erhalten habe, daß er sich bereit sei, diese anzunehmen und an der Lösung der chinesischen Ausbauprobleme teilzunehmen.

Gerade weil Dr. R. Reußel aus sprach, was die ganze Veranlassung war, wurde die Rede als „latente“ empfunden und bewies nur, daß die Partei von Hugenberg abgelenkt wurde und sich gegen den unbenommenen Auslandsbankier richtete.

Hugenbergs programmatische Ausführungen werden in der von ihm abhängigen Presse im Ausmaß wiedergegeben. Es ist ein sehr sorgfältig redigierter Vortrag, in dem die wichtigsten Bestimmtheiten fehlen. Man erfährt aus ihnen nur, daß Hugenberg sich als Gegner der Außenpolitik bekennt habe.

„Die Politik Dr. Stresemanns habe nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt, sei zu eilig und zu unvorsichtig gewesen. Im Gegensatz zum Ziele dieser Politik hätten sich England und Frankreich wiederbegeben, und zwar ohne Deutschland.“ Die entscheidende Frage der deutschen Außenpolitik sei heute nur, ob Deutschland Gefolge laufe, das Schicksal der Welt zu werden. Dies mit allen Mitteln zu verhindern, sei die Aufgabe der deutschen Außenpolitik. In den bisherigen Berichten über die Einleitung neuer Reparationsverhandlungen könne man die Ansicht der Gegenparteien sehen, um den einzigen Vorteil des Doppelplanes, den Transferschutz, zu nehmen. Das ernste Problem unserer inneren Lage sei die ungeheure Verschuldung. Wenn diese Form der Beteiligtheit noch sehr weiter fortgesetzt werde, ist Deutschland ausverkauft, und das Ende der deutschen Wirtschaft ist erreicht. Es geht dagegen nur ein Ziel: die Verbreiterung der Decke der deutschen Wirtschaft. Gelinge diese Aufgabe nicht, dann drohe eine Arbeitslosigkeit von noch nie dagewesenem Umfang.“

Am ausführlichsten wird wiedergegeben, was Hugenberg über seine Sozialpolitik gesagt hat:

„Der Mensch ist dafür einfließen, daß für die breiten Schichten des Volkes je nach möglicher Einlage organisiert werde. Aber er habe auf Grund sachlicher wirtschaftlicher Erkenntnis die Überzeugung, daß im Interesse der Arbeiterklasse selbst an den Formen oder an der Art unserer sozialen Organisation manches geändert werden müsse. Es fehle nur das Handtchen darüber, wie die soziale Verbesserung in besserer Form gebracht werden könne. Und es müsse verstanden werden, daß die sozialen Einrichtungen ein Wohlfühlinstrument einer einzelnen Partei oder einer einzelnen Richtung würden.“

Für die deutsche Sozialpolitik bestehe die Gefahr, daß sie in die Fährgefahr des internationalen Kapitalismus oder einzelner parteipolitischer Richtungen gerate.

Alles materielle Gelingen sei aber nicht ohne die richtige geistige Einstellung zu lenken. Es bleibe die Aufgabe der deutschen nationalen Volkspartei sich für die Aufrechterhaltung einzusetzen. Dazu gehöre auch, daß man mit den Fehlern des parlamentarischen Systems, mit den schließlichen und unzulässigen Kommissionsberatungen ein Ende mache, die sich auch im Parlament vorfinden. Gutes Rechte weder für gleiche Arbeit einholen. Die Fraktion ist die Fortschritt, die von politischen Gegnern im täglichen Kampf, bis in die Einzelnen jeder Kraft lassen müßte, die Partei

Am 26. Straßburg für die große Bewegung. Es habe Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei, die überparteilichen Verhältnisse der Wirtschaft und der Schwerindustrie anzugehen. In dem Antrag wird dann noch gesagt, daß Dr. Eugenberger die Verfassungsgesetze behandeln" habe. Ein Satz und nicht mehr. Warum solche Juristerei getrieben wird, kann man sich leicht zusammeneben. Eugenberger hat offenbar Beifallen getrieben, sein eigenes monarchistisches Programm der Deutschnationalen mitteilen zu lassen.

Als Vorkurs der Reduktion vertritt der Antrag aus der Eugenberger Seite noch zwei Ziele. Eugenberger scheint in der Parteistruktur-Beratschlagung aus dem Programm seines Wählerkreises gemacht und sein Programm der politischen und sozialen Reaktion in voller Öffentlichkeit bargelegt zu haben. Zur Erreichung dieser Ziele will er sich auf die reaktionären Elemente der Schwerindustrie und auf die von ihm finanzierten Wehrverbände stützen.

### Grav Warners Vorzicht

Bestimmlich jurisdiktorisch war Graf Warners, der von Eugenberger in den Vordergrund gedrängt worden ist. Es wurde, so sagte er nach dem Bericht der Eugenberger Seite, immer Staunen in der Opposition einer Partei geben, aber jetzt sei die Deutschnationale Volkspartei vollkommen frei. Das Ende der Lokaropolitik sei selbstverständlich. In den Reparationsverhandlungen sehe er die große Gefahr einer Kommerzialisierung der Reparationsarbeiten. Er sei nicht grundsätzlich gegen eine Kommerzialisierung der Reparationsleistungen. Die Gefahr bestehe darin, daß die jetzigen Verträge privatwirtschaftlich festgelegt würden.

Zur Reparationsreform erklärte Warners noch folgenden Quell: er glaube nicht, daß es zu ersten Reformvorschlüssen kommen werde; wenn derartige Verhandlungen geführt werden sollten, müsse man dazu einen Verfassungsschutz des Reichstages bitten.

Diese Betonung des parlamentarischen Elements gegenüber dem Antiparlamentarismus Eugenbergers verleiht Warners noch durch den Satz: „Man müsse die Opposition jederzeit zu sich führen, daß man die Macht übernehmen könne.“ Man kann sich die Rechtfertigung der Eugenberger Seite zu erheblichen Differenzen zwischen der Auffassung des Parteiführers und den Vorstellungen der Reichstagsfraktion aufgelöst, kann man sich vorstellen, wie hart der persönliche und sachliche Gegensatz sein muß. Von denationalistischer Seite wird es so dargestellt, als ob durch die Wahl Eugenbergers zum Parteiführer die Einheit der Partei gebrochen worden sei. Der Scheitern der Wähler der Partei des Wohlens zu sein. In der berühmten Gruppe der Deutschnationalen ist vielfach die Anschauung verbreitet, daß man Eugenberger „auszuheilen“ lassen müsse. Es werde ihm sehr wohl ergehen, daß er mit seinem Programm der äußersten Reaktion die Partei nicht hinaus, sondern noch mehr hineinbringe. Die überlegene Stellung, die er sich durch die Einheit der Partei sich auch nicht mehr lange werde aufrecht erhalten lassen, wenn Eugenberger in der ersten Zeit vorwiegend operiere, um die Rechte des Mittelstandes und die Oberer Schichten nicht allzulehr von dem Kopf zu stoßen; der Abdrückungs- und Entlassungsprozeß werde sehr bald Fortschritte machen.

Das nach Eugenberger ohne Zweifel. Wenn er trotzdem die Führerschaft erlangt hat, so liegt das, daß er die Partei nur als Mittel zu Zwecken betrachtet, die außerhalb der verfassungsmäßigen Entwicklung liegen.

### Bergbau ohne Eugenberger

Gesamt Eugenberger ist von seinem Amt als Vorsitzender der Gruppe Bergbau im Reichsrat nach dem heutigen Antritt zurückgetreten.

### Beginn der Schlichtungs-Verhandlungen in der Eisenindustrie

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“

Heute vormittag begannen in Düsseldorf unter dem Vorsitz des staatlichen Schlichters Dr. Böhlen die Schlichtungs-Verhandlungen über den Lohnstreit in der Eisenindustrie. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß sie vor Eintritt in die Verhandlungen die Zurücknahme der Bestätigung der Arbeiter verlangen müßten. Demgegenüber betonten die Arbeitgeber, daß die Zurücknahme der Bestätigung unmöglich sei.

Die Verweigerung darauf, daß die Gewerkschaften das Angebot der Arbeitgeber ebenso wie die izehnhundertige Prüfung der von ihnen vorgeschlagenen Lohnanforderungen abgelehnt hätten. Damit seien die meisten unüberwindlichen als Verhandlungsmöglichkeit erschöpft gewesen. Da die Werke nicht in der Lage gewesen wären, die Unzufriedenheit eines tariflosen Lohnzahles oder einer Erhöhung der Löhne zu tragen, hätten sie sich genötigt gesehen, durch eine Zusammenkunft am 17. Oktober, als dem letzten Termin, die Aussetzung zum 1. November vorzubereiten. Die Gewerkschaftsvertreter zeigen sich darauf zu einer Beratung bereit, die noch andauert.

### Polen unter Spionagenanlage

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“

Die dritte Sitzung des Reichstages, namentlich dessen einziger verfassungsrechtlicher Sitzung für Spionagenangelegenheiten, wird am 26. Oktober die Behandlung seiner Zuständigkeit auf dem Gebiet von Spionagetat und Spionageföhrer werden lassen. An dem genannten Termin beginnt auf ein mehrere Tage bedauernde Antwortverhandlung gegen drei polnische Staatsangehörige: den ehemaligen Polizeikommandanten Robert Maizna, die früheren Reichsbeamten Johann Kolla und den Kaufmann Johann Oetinger. In dem Verfahren des Reichstages wird der General Oetinger als Angeklagter in, im polnischen Auftrag in Österreich die Verhinderung von Angelegenheiten der deutschen Wehrmacht zu betreiben zu haben. Drei Zeugen sind im Falle des Angeklagten als Spionagetätiger zur

# Richtlinien der Reichsreform

## Dreitägige Beratung in Berlin

Heute vormittag sind die Mitglieder des von der Vorkonferenz eingeleiteten Ausschusses für Verwaltungs- und Verfassungsreform zusammengetreten. Die Beratungen sollen sich über drei Tage erstrecken. Es handelt sich um ein Programm, das die Reichsreform-Vorschläge fassen und Material für die Verfassungsgesetze im Rahmen der Vorkonferenz vorbereiten soll. Die Verhandlungen werden für vertraulich erklärt. Der Ausschuss tagt im Kongreßsaal der Reichshaus.

Es ist jetzt zum zweiten Male zusammengetreten, eine erste Tagung fand im Mai statt.

Der Vorsitz führt heute der Reichsanwalt, der bei Eröffnung der Sitzung die Teilnehmer begrüßte. Sodann nahm der Ausschuss seine Rekonstitution vor, die erforderlich geworden war, weil durch die Neubildung der Reichsregierung verschiedene Mitglieder neu eingetreten sind. Stellvertretender Vorsitzender ist Mitglied der Reichsministerliste Generaldirektor Reichsminister für Öffentliche Arbeiten Generaldirektor für den Reichsanwalt.

Das Material legen der Reichsanwalt, an der Neben den Ministerpräsidenten, der Reichsanwalt und der Reichsanwalt, die Reichsanwalt und Staatsrat der Reichsanwalt teilnehmen, 25 Reichsminister und zwar neben denen Preussens, Sachsens

## Groener vor dem Kriegsrgericht

Verlangte der ehemalige Kronprinz.

Bei allen anderen, nur nicht bei sich selbst, suchen die ehemaligen Kronen Träger und Dynasten die Schuld am Zusammenbruch. Die staatsrechtliche Seite des letzten Kaisers nach Holland, zummindest begründet in der mutigen, impanischen Charakteristik Wilhelm II., legen sie der letzten Kronenprinz teilhaftig. Die Kronenprinz zur Zeit, die er schon vor 8 Jahren durch den Spruch eines Ehrengerichtes widerlegt wurde.

Die Hartnäckigkeit dieser Anschuldigungen aufzutragen, erfordert sich jetzt aus einem Urteil, den der ehemalige Kronprinz Wilhelm am 1. August 1919 aus Weieringen an dem Reichsgericht des Saales Jülich, begründet wurde. Der Kronprinz gibt sich als Kronprinz aus — er habe 42 Jahre an der Front gehalten — er wisse, daß die Truppen aus der Heimat heraus „systematisch“ vertrieben wurden. Diesen Vorwürfen stellt der Kronprinz die beiden Heerführer an die Seite. Er schreibt:

„Es länger ich mich mit der Borgschichte dieses Hochverrats 9. November beschäftigt, je mehr Betrüglie ich darüber gehört habe, um so mehr bin ich zu dem festen Überzeugung gelangt, daß das Ganze ein geschicktes Spiel gewesen ist, dessen Hauptakteure dabei der Kronprinz, der Kronprinz und General Groener gewesen sind. Inwieweit der General v. Marschall und der Admiral v. Finkbein bemüht oder unbenutzt an dieser Angelegenheit beteiligt waren, vermag ich nicht mit Bestimmtheit zu sagen, eine verhängnisvolle Rolle haben sie jedenfalls auch gespielt. Die Entlassung des Generals Lubendorff über die Handlung. Die Betrüglie mußten sein, daß der General Lubendorff niemals seine Hand zu einem so schweren Spiel abgeben hätte, auch ich bin der tiefsten Ueberzeugung, daß wäre General Lubendorff am 9. noch da gewesen, Graf Schulenburg und ich hätten Es. Majestät für den Notwendigkeit des Durchgriffens überzeugt. Ich möchte Sie auf folgende Punkte besonders aufmerksam:

Die berühmte Offiziersverammlung, auf deren Ratum hin Es. Majestät mitgeteilt wurde, die Truppen hätten nicht mehr hinter sich, war eine ausgesprochene Fälschung. Die meilen hatten sich keine Meinung von der sogenannten Revolution, und dann hielt ihnen der Feldmarschall Hindenburg und der Oberst See einen Vortrag über die Lage, der so schwarz und trübsal war, daß der höchste Mann erstürzt sein konnte. Darauf wurde eine Art Aktmützung abgehalten, ob sie die Verantwortung dafür übernehmen wollten, daß ihre Truppen nicht mehr würden und unter Führung des Kaisers gegen die Heimat marschieren. In einer negativen Antwort zu erhalten, hätte man eine bezügliche Bestätigung nicht einbringen können. Es. Majestät damals in dieser Vernehmung erschienen und hätte zu ihnen gesprochen, wie Friedrich der Große vor Leuthen, alle hätten sich geflohen mit seiner ganzen Person ihm zur Verfügung gestellt. Die ganze Sache war, wie gesagt, eine schamlose Fälschung. Und geht auf dieses Wort, dieses unter so unüberhörten Bezeugnissen aufgenommenen Geständnisses, wurde meinem Vater von Es. Majestät ein Befehl erteilt, die Truppen hätten nicht mehr zu ihm. Das Graf Schulenburg und ich das Gesamt für das ernstliche behaupten, war zugebilligt. Das Schwerwiegendste an der Sache war, daß das Ergebnis der Offiziersverammlung von der Obersten Exekution direkt an den Reichsanwalt nach Berlin telephoniert worden ist.

Dieser General Groener hat es nicht einmal für notwendig gehalten, die Stellungnahme Es. Majestät zu der genannten Frage abzuwarten, eine Tatsache, die allein genügt, um ihn vor ein Kriegsrgericht stellen zu können. ... Daß die Verantwortung der Kronenprinz in seine Hand dem Willen entsprach, der er die General Groener meinem Vater entwarf, hierfür sollte ich viele Beweise aus der Gruppe heraus empfangen als ich am 10. und 11. November beim H. O. R. 3 weilte.“

Tatsächlich ist der einzige Vorwurf, der Hindenburg und Groener zu machen ist, der, daß sie allzulang in dem Irre wahn blieben, der Kaiser sei noch zu halten. Der Entschluß, dem Kaiser die Wahrheit zu enthüllen, daß das Herz nicht in seine Hand, war unendlich schwer, aber er war die rettende Tat.

## Ergebnis der Generalratswahlen in Frankreich

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“

Die Stichwahlen zu den Generalratswahlen, die gestern in 239 Kantonen stattfanden, haben den Eindruck des entschiedenen Sieges der Sozialisten hinterlassen. Die Veränderungen im Güterbesitz haben eine gewisse Anzahl von Sitzen verloren, darunter zwei ihrer hervorragendsten Kandidaten, Senator Pams und der Abgeordnete und ehemaligen Generaldirektor für das Budget, Lamoureux. Ihre Verluste werden aber woffommen durch die Gewinne der unabhängigen Sozialisten und der Sozialisten ausgeglichen, obwohl auch gerade die Sozialisten zwei nicht unbedeutende Personenerluste zu beklagen haben. Im ersten Wahlgang wurde der Generaldirektor der sozialistischen Partei, Paul Faure, und im zweiten Wahlgang der bekannte sozialistische Abwehrbeauftragte Debats gefolgt. Dazu kommt aber noch, daß in Straßburg der sozialistische Bürgermeister Petrotos von seinem kommunistischen Gegenkandidaten Duber glatt aus dem Felde geschlagen wurde, von jenem Duber, der sich bestmöglich dadurch einen Namen gemacht hat, daß er einer in der Kammer eine Rede im eifrigsten Dialekt hielt. Ferner wurde der kommunistische Reichsanwalt Bérthon in einem Wahlkreis an der Riviera gewählt.

Es ist fast nicht weniger als fünf Autonomieiten gewählt worden. Die Stichwahlen wurden im zweiten Wahlgang der Abgeordneten Bérthon in Gernern und der Bundesrat Schäff in Straßburg gefolgt.

## Die polnische Sozialisten

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“

Die von den polnischen Sozialisten abgeplante kleine sozialistische Gruppe hat sie in der Provinz „Wolffischer“ dabei fast nur in Österreich gefunden, eine Sozialpartei für die ersten Novemberwahlen nach Rumänien einberufen. Dieser wird aber zu gleichen Zeit folgen, in der sozialistische Partei ihren Gesamtpartei in die Ökonomie abteilt. Starke Eindruck macht ein Aufbruch des Mentors der sozialistischen Bewegung in Osteuropa, des polnischen Politikers und Senators Wlanowski, der wegen dieser Abteilungen des polnischen Sozialisten und früheren sozialistischen Parteivorsitzenden als ihren eigentlichen Führer schwere moralische Vorwürfe macht und die Arbeiter aufzufordert, der sozialistischen Sache treu zu bleiben. Die sozialistischen Wähler mit diesem Aufbruch wurden bezeichnenderweise bestaunungslos.

## Amanullah schafft „Europäer“

Nachrichtendienst der „Wolffischen Zeitung“

Amman Wahlen-Reformen in Afghanistan werden weiter in konsequenter Art durchgeführt. Als vor kurzem die 700 Abgeordneten des afghanischen Parlaments in Kabul eintrafen, ließ der König sie vor Beginn der Sitzung in ein besonderes Zimmer verweisen. Dort mußten sie ihre orientalischen Gewänder ablegen und statt dessen Kutanas, weiße Ortschaften und Spindler anlegen. Aber das war noch nicht alles. Amanullah fand, daß die langen Hälte zu dieser modernen Aufmachung in seinem Widerspruch standen und gab den Befehl, alle Abgeordneten hätten von jetzt ab allerspätestens zum Parlaments zu erscheinen. Geforderte waren nicht nur die Hälte, sondern auch die Hälte zu verwenden. Die Abgeordneten nicht mehr schicken würde, im Parlament wie bisher auf der Erde zu sitzen, ließ der König im Abgeordnetenratse Büfale auffüllen.











